



Südniedersachsen: ver.di wird Fusionsverhandlungen positiv begleiten – Innenminister soll sich zurückhalten

Der Beschluss des Kreistages Osterode, Fusionsverhandlungen mit den Landkreisen Göttingen und Northeim aufzunehmen, wird vom ver.di-Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen positiv aufgenommen: „Wir sind keine prinzipiellen Freunde von Fusionen. Wenn es aber sein muss, dann werden wir den Prozess konstruktiv begleiten“, so der ver.di-Geschäftsführer Sebastian Wertmüller.

Die bisherigen Vorarbeiten in Facharbeitsgruppen seien bereits von den Personalräten unterstützt worden, die aktive Einbindung der Beschäftigten werde von ver.di auch in Zukunft erwartet und eingefordert.

Wertmüller: „Wir treten dafür ein, dass durch eine Fusion positive Effekte sowohl für Bürger wie auch für die Beschäftigten eintreten.“ Die drei Landkreise hätten wegen der demografischen Entwicklung und wegen unterbliebener Verwaltungsreformen großen Handlungsbedarf. Es brauche moderne Personalentwicklungskonzepte, mehr Qualifizierung, mehr Beteiligung und bessere Führung.

Hier liege eine große Chance, sich mit neuen Formen der Zusammenarbeit und modernen Verwaltungsstrukturen besser auf die Zukunft vorzubereiten.

Der Geschäftsführer weist darauf hin, dass der Schutz der Beschäftigten eine Selbstverständlichkeit sein müsse: „Fusionsbedingte Kündigungen, unzumutbare Veränderungen der Arbeitsbedingungen und unzumutbare Belastungen wird es mit uns nicht geben.“ Das Ziel sei „gute Arbeit“ für alle Beschäftigten der drei Landkreise.

ver.di werde seine Mitglieder in den Verwaltungen kontinuierlich informieren und in die Entwicklungen einbeziehen. „Die weiteren Fusionsverhandlungen müssen unbedingt beteiligungsorientiert angelegt sein, sonst machen werden die Menschen in den Verwaltungen nicht mitgenommen“, so der Geschäftsführer.

Große Verärgerung rufen bei ver.di dagegen die Interventionen und Drohungen von Innenminister Schönemann hervor: Es gehe nicht an, dass der Innenminister den drei Landkreisen Südniedersachsens vorschreibe, mit wem sie Verhandlungen zu führen hätten.

Wertmüller: „Erst werden die Kommunen Niedersachsens gedrängt, sich zukunftsfähig aufzustellen. Dann kommt der Innenminister, dem manche Konstellationen politisch nicht in den Kram passen und will verordnen, welcher Landkreis sich wohin bewegt.“ ver.di erwarte, dass Schönemann die Autonomie der kommunalen Parlamente auch dann akzeptiere, wenn er mit deren Entscheidungen nicht sympathisiere.